

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Sachsen

Druckt jeden Werktag nachmittags. ★ Bezugspreis halbmonatlich ist ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Bestellungsgebühr einschließlich der Beiträge. Der kommunistische Gewerkschaften, "Der kommunistische Gewerkschaften", "Die Kommunistin", sowie der katholischen Zeitung "Der rote Stern". ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-III, Oberbahnhofstraße 2, 1. Vermögensvermögen: 17 250. ★ Redaktion: Dresden-III, Oberbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: täglich von 9-12 Uhr. Samstags von 9-12 Uhr. ★ Bestellpostfach Nr. 13 555 Dresden, Emil Schlegel. ★ Abonnement: 20 Goldmark für die neunmal abgedruckte Monatshefte, 27 Goldmark für die Familienausgabe, 30 Goldmark für die Allgemeine aufsteigend an den beigefügtenen Zeitschriften. ★ Einzelne 10 Pf. vorher bis 12 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang

Donnerstag, 28. Mai 1925

Nummer 38

## Die Haustnechte der Reaktion

### Die Rolle der sächs. Sozialdemokraten

Die kommunistischen "Leipziger Volkszeitung" berichtet wutentbrannt über die letzte sächsische Landtagssitzung:

Der 25. Mai 1925 wird ein bedeutamer Tag in der Geschichte der proletarischen Kämpfer. Sächsens bleibt, denn an diesem Tage begann im Landtag die zweite Beurteilung der Beschlussempfehlung zur Gemeindeordnung, bei der die 23 Disziplinbrecher unter der Führung des Präsidenten Wintler ihrem partei- und arbeiterfeindlichen Treiben die Krone aussetzten."

Was hat sich zugetragen? Wer sind diese 23 Disziplinbrecher?

Die Bourgeoisie ist drauf und dran, die letzte Errungenschaft des 8. November, die sozialdemokratische, das gleiche geheime allgemeine Wahlrecht durch sogenannte "Reformen" im Interesse des Kapitalismus zu verwässern, illusorisch zu machen. Im sächsischen Landtag haben sich 23 Sozialdemokraten gefunden, die der Bourgeoisie behilflich sind, vorstinkende Zustände zu schaffen.

Die SPD-Fraktion ist auseinandergefallen. Die Mehrheit, jene beruhigten 23, geht mit der Bourgeoisie durch Dic und Dunn. Die Minderheit tödt und schwant über das arbeiterfeindliche Treiben und kostet ohnmächtig hin und her.

Die "Leipziger Volkszeitung", das Sprachrohr der Minderheit, die sich "links" vornimmt, beleuchtet höchstig die lächerlichen Methoden der 23 brutalen SPD-Schleifer. Sie schreibt:

"Unter Bruch der klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung, unter brutaler Niedermeldung der Minderheit, auch dort, wo durch die Geschäftsordnung die Rechte der Minderheit geschützt sind, versuchen die 23 möglichst schnell zu vollenden, was die bürgerlichen Koalitionsbrüder von ihnen verlangen. Die Fraktionsminderheit hat sich mit allen Kräften gegen den Versuch der Vergewaltigung gewehrt. Sie hat die Rechte der Bevölkerung gegen die Beschlussempfehlung verteidigt, so gut es eben ging. Sie hat sich vor allem gewehrt gegenüber den geschäftsordnungswidrigen Praktiken des Präsidenten Wintler, der sich als williger Haustnecht der Reaktion betätigte!"

Dieser "Haustnecht der Reaktion", Wintler, ist Sozialdemokrat!

Wie "arbeitet" dieser Haustnecht-Präsident?

Ein Antrag, der Minderheit einen Abberichtsbeschluss zu geben, wurde unter tabuischer Auslegung der Geschäftsordnung ebenfalls abgelehnt, wobei die bürgerlichen Justizien die Argumente und die 23 die Stimmen lieferen. Die Verleugnung der Bestimmungen der Geschäftsordnung war so offensichtlich, dass die Fehlschlüsse, die unter diesen Umständen gezeigt werden sind, als ungewöhnlich angesehen werden müssen. So wird nachzuweisen sein, ob die Beschiebung der Gesetzesvorlage unter diesen Umständen nicht die Möglichkeit gibt, die Ungefechtsherrschaftrklärung dieses Gesetzes von Gerichts wegen bestätigt zu lassen."

Die Bürgerlichen können sich auf die Haustnecht Wintler und seine 23 "Arbeitervertreter" verlassen:

Beteiligten sich die Bürgerlichen noch an der Geschäftsordnungsbekämpfung, um mit Hilfe ihrer juristischen Tüfteler zu die Zertrümmerung der Geschäftsordnung zu beschönigen, so überließen sie die sachlichen Argumente für die Beschiebung der Gemeindeordnung fast rechts den 23. Wozu hielten die Bürgerlichen auch die Argumente wiederholen, die sie 1923 gegen die Gemeindeordnung ins Feld geführt hatten? Die 23 hielten ja schon in den Ausschüssen bewiesen, dass sie die Argumente, die sie 1923 auf das bestürzte bestimmt, in geheimer Kopie von den Bürgerlichen übernommen hatten. So kam es, dass die Führer der bürgerlichen Fraktionen daran im Gaulenzer lagen, während die Vertreter der 23 die Geschäfte der Bürgerlichen besorgten."

Wie diese 23 die "Geschäfte der Bürgerlichen" besorgten, zeigt uns die "Leipziger Volkszeitung" an einem wahren Bruchstück von Sozialdemokraten, den "Zenosen" Béthke:

Den eigenartigen Wortführer der 23 und der Bürgerlichen spielte Béthke, der mit einer Skrupelloosigkeit, die selbst ihm ungewöhnlich war, gegen die Abgeordneten der Fraktionsminderheit vorging. Mit freudigen Gesichtern standen die Bürgerlichen dabei, wie Béthke ihre Interessen verteidigte und dabei selbst von den gemeinsamen Bekämpfungen der Fraktionenminderheit nicht zurückstand. So rief Béthke einem unteren überein und allgemein gesuchten Abgeordneten der Minderheit zu: "Du bist wie ein ananierter Knabe". Dieser ekelhafte Reichsmann war lediglich einziger Mitgliedern der 23 zu ordinär, sie machten Béthke nachher heftige Vorwürfe. Ein junger Parteigenosse, der sich als Mitglied des Reichsbanners auswies, rief von der Tribüne herunter: "Schamen Sie sich vor der sozialistischen Arbeiterjugend!" Der Mann wurde von Sozialdemokraten hinausgeschoben, während Béthke auch nach seiner Gemeinschaft noch weiter der Wortführer der 23 und der Bürgerlichen sein konnte."

Wer nun aber etwa glaubt, dass die von der Minderheit bestätigte Minderheit, diese politisch tatsächlich "sozialisierten Knaben", um in dem sozialdemokratischen Kabinett zu reden, ein Deut besser sind als die Béthke, Wintler und Kumpane, der irrt sich gewaltig.

Wo sind die Daten der sogenannten "Linien"? Ihr Gelehrte soll nur darüber hinwegtäuschen, dass gerade sie es gewesen sind, die der Arbeitersklasse in der Stunde der Entscheidung, im Oktober 1923 schändlich im Stich gelassen und der Militärtamilla Eberts und Seests ausgeliefert haben.

Das revolutionär lebendige Gebrüll der Minderheitsfraktion in der SPD soll nur dazu dienen, die von der "Politik" der 23 angefeindeten Arbeiter in der SPD in der Partei zu halten und zu hindern, sich der wirklichen Arbeiterspartei, der KPD, anzuschließen.

Wie schamlos und verlogen die "Opposition" der "Linien" SPD-Schleifer ist, schlägt ihnen der Gehinnungsgenosse des Radikalen-Béthke, der sattamt verrückte Fälllich um die Ohren. Fälllich, der 23er, der mit den strümpflichen Brüdern der "Linien" schon ganz andere Dinge gegen die Arbeitersklasse gebracht hat, entzückt sich moralisch:

"Und eine solche Bagatelle macht man zu einer großen politischen Frage! Damit verbessern Sie der Demokratie gewiss nicht zum Siege. Viele andere deutschen Länder, so Braunschweig, Thüringen, Hessen, Anhalt, Württemberg, Oldenburg, besitzen in ihrer reformierten Gemeindeordnung das staatliche Genehmigungsrecht in verschärfster Form. Das müssen Sie auch den Mäzenen sagen." — Ju den Punkt sozialistischen gewandt. —

Wir können über schon heute den Mäzenen sagen: Die "Linien" werden sich hüten zu sagen, welche Schweinerziehen sich die SPD in Braunschweig, Thüringen, Hessen, Württemberg, Oldenburg und anderen Ländern geleistet hat.

Aber Fälllich und seine Schwarzweiß-trotz-gesellen Kumpane ist wahrlich die Auslieferung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts an die Bourgeoisie eine "Bagatelle". Und hinter dieser "Bagatelle" steht die gesamte SPD-Vorstand. Was hilft es, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter die 23 ausgeschlossen haben. Die "Haustnechte der Reaktion" trampeln auf den Beischlüssen ihrer eigenen Genossen herum. Die Diktatur der Bonzen, der Weis und Crispin bestimmt den Kurs der SPD und nimmt die 23 unter keine schützende Rücksicht. Die Bonzen können so frech und prahlend auftreten, umso mehr, als die "Opposition", die Bonzen vom "links" Klügel der SPD, die Konsequenzen lieben und von einer Höchstheit in die anderen fallen. Das, was die "Leipziger Volkszeitung" von den 23 sagt, passt nicht auf die gesamte SPD zu.

Die Berichtigungserhebungen an diesen aufgedunnenen politischen Radikalen nehmen von Tag zu Tag zu. Und soll es ihnen schaden, dass die Rechten wie Linien, "dass sie alle beide stehen"? Mögen die Heilmann, Weis, Béthke, Fälllich, Rosé, Barmat, Braun, Höring und Genossen unter sich bleiben und sich "sozialisierte Knaben" titulieren.

Für sozialbewusste Arbeiter ist in dieser Partei kein Platz mehr.

Heraus aus der SPD. Hinein in die einzige Arbeiterpartei, die KPD. — Das ist die Lobre, die die Arbeiter aus bestechlichen SPD-Eckos ziehen müssen.

### Die KPD führt die monarchistische Luther-Régierung

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutsch-sowjetische Handelsvertrag steht heute auf der Tagesordnung des Reichstages. Die Sozialdemokraten beobachteten, um die Deutschenationalen zu zwingen, Karde zu beklagen, gegen den Vertrag zu stimmen. Wie der "Berliner Börsen-Courier" heute schreibt, hätten ca. 285 Befürworter in diesem Falle 190 Abgeordnete gegenübergestanden.

Den Ausdruck hätten somit, nebst den Völkischen, die Kommunisten gegeben, denen sich unter Umständen die Möglichkeit geboten hätte, zugleich mit dem Handelsvertrag die Reichsregierung zu Fall zu bringen.

Angesichts dieser Gruppierung, und weil sie dem Vertrag doch zustimmt, hat die Sozialdemokratie nunmehr beschlossen, es nicht auf eine Niedermeldung ankommen zu lassen, sondern bei der zweiten Abstimmung sich der Stimme zu enthalten. Bei der zweiten Abstimmung wird sie, vorausgesetzt, dass die Regierungsparteien in der zweiten eine Mehrheit für den Vertrag aufbringen, gleichfalls für ihn stimmen.

Die Deutschenationalen haben somit noch einmal Glück gehabt. Sie sind einer Kritik entgangen, die sie, bei anderem Verhalten der Sozialdemokraten, gezwungen hätte, entweder ihre früheren Beschlüsse umzuwerfen, oder eine ihnen nahestehende Regierung in die unmittelbare Gefahr des Sturzes zu bringen.

### Sachsen, das Vollwerk der Reaktion!

Die Schuld der Mäzen.

Nichts konnte die Lage in Sachsen treffender beleuchten, als die jetzt durchgeführte Aenderung der Gemeindeordnung. Aus einem Vollwerk des revolutionären Proletariats wurde ein Vollwerk der Reaktion. Die Wahlen zur Reichspräsidentenwahl gaben eine Signatur, die Durchführung der reaktionären Maßnahmen geben jetzt ein Bild der Auszehrung der Stimmungen durch die Reaktion.

Die Möglichkeit zu diesem Formarsch gaben den Bürgern ihre dritte Partei, die Sozialdemokraten. Über die Rolle dieser Partei, wie damit in der Sozialdemokratischen Partei selbst, ist nirgends die Bewirrung größer wie in Sachsen; und zwar beweisen, weil hier unter der besondern Entwicklung sich ein Teil ehemaliger unabhängiger Leute zu Führern aufgeschwungen oder als solche sich erhalten haben, die handig wieder die Arbeiter über die eigentliche und wirkliche Rolle der Sozialdemokratischen Partei hinwegzutäuschen.

Welche Arbeit führt diese Partei durch? Die SPD ist keine revolutionäre, keine Arbeiterpartei. Der gesamte Kampf war von jetzt eingestellt auf die Erringung einiger sozialer Reformen. Im Grunde aber blieb die Partei in den Ideologien und damit in der Praxis des Bürgertums fest. Seitdem das Bürgertum nicht mehr in der Lage ist, Reformen zu gewähren, hat die SPD und mit ihr die Gewerkschaftsbehörde auch den Kampf um Reformen eingestellt. Er gehört nur noch zum agitatorischen Sprachstaub der Sozialdemokraten. Aus ihren Reihen entstehen die Kämpfer gegen den Abschüttendienst, Albert in Sachsen, Kloß und so weiter. In ihren Reihen liegen die Saboteure der Arbeitersforderungen. Die Sozialdemokraten propagieren und unterstützen den Aufbau des Bürgertums. Weil sie kleine Spießer und gute Bürger sind, weil sie vor der revolutionären Umwälzung zurückfließen wie der Teufel vor dem Weihwasser, weil sie an die Mäzenkraft der Arbeiter nie glaubten, führen sie keinen Kampf um die Revolution, sondern beteiligen sich nur mit an dem Gefechts-, und Verwaltungscorps des Bürgertums. Deswegen besteht auch ihre praktische Praxis darin, zu lernen, wie das Bürgertum regiert.

Da aber die breiten Massen des Proletariats revolutionär sind, da sie eine Umstellung der Gesellschaft zu einer sozialistischen verlangen, würden die Mäzen ihre Beteiligung am Apparat, also in den Gemeinde-, Reichs- und Landesparlamenten, dazu benutzen, um ihre, also die Interessen der Mäzen, zu vertreten — wenn auch nicht bewusst, so doch initiativ. Deswegen muss den Mäzen der Weg verboten werden. Die Rechte der Arbeiter müssen geschmäler werden. Deswegen findet die Bourgeoisie ihre Verfassungsreform an, deswegen den Wahlrechtsraub. Deswegen werden in Sachsen in der Gemeindeordnung die zwei Kommissionen wieder hergestellt, die Rechte der Arbeiter beschnitten.

Weshalb unterstügen die Sozialdemokraten so fleißig die reaktionäre Arbeit des Bürgertums? Wenn, wie in Sachsen, die Entscheidung für eine Menge wohltätiger Bestimmungen in den Gemeinden bei den Gemeindeverordneten liegt, die also, um dem Bürgertum beim Aufstieg zu helfen, Maßnahmen für die Arbeiter nicht durchführen, muss die Entwicklung der Sozialdemokratie in den einzelnen Gemeinden schneller erfolgen. Wird man sozial radikal gebären und die Arbeiter von der wirklichen Macht ablenken. Man kann also den Arbeitern ihre tabulierten Illusionen lassen und sie dennoch an die SPD binden, gleichzeitig aber dort, wo die Entscheidung fällt, das Bürgertum unterstützen.

Die Sozialdemokratische Partei im Reich und in den Ländern hat nach der Revolution von 1918 ihre gesamte Tätigkeit auf einen Wiederaufzug der kapitalistischen Wirtschaft eingestellt. Sie ist jetzt dabei, im Reich die neuen Steuerlasten gegen die Arbeiter durchzuführen zu helfen, die Zölle unter Hoch und Fach zu bringen. Ihre Kampfführung besteht nur darin, wie die der Demokratie und des Klerus, der monopolistischen Industrie nicht allein die Bestimmung zu überlassen. Sonst sind sie vollständig einig mit den Kapitalisten. Ging in der Durchführung des Londoner Abkommens, einig in der Erhaltung des kapitalistischen Staates, einig in dem Kampf gegen die Revolution und den Kommunismus. Und in diesen grundlegenden Fragen gibt es auch keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen den linken und rechten Sozialdemokraten. Auch die Linken sind für die Durchführung des Londoner Abkommens, sind für die Beteiligung am kapitalistischen Staat, nicht für keine Beteiligung, sind für die "Gleichberechtigung" (der Kapitalisten?), nicht für die Diktatur der Arbeiter. Ihre Einstellung ist höchstens nur die, von allem eventuell einen Handvoll mehr zu bekommen. Praktisch bedeutet das, den Verlust zu machen, die Arbeiter durch kleine Geschenke fester zu binden. Eine linke Politik kann aber auf Grund der allgemeinen Lage des Kapitalismus nicht durchgeführt werden. Sie trägt nur zur größeren Vermittlung und Erfüllung der Arbeiter bei. Die Geschichte hat die Frage vorge stellt:

Diktatur des Proletariats oder des Kapitals!